

NACHRICHTEN

DEUTSCHER HONIG WIRD KNAPP

**Langer Winter macht Bienen zu schaffen**

MÜNSTER | Die Honigernte im Frühjahr ist wegen des langen Winters bundesweit schlechter ausgefallen als üblich. Wegen der langen Kälteperiode haben die

Bienen die Blütephase von Raps und Löwenzahn verpasst. „Als alles auf einen Schlag blühte, hatten viele Völker noch keine Flugbienen und konnten nicht auschwärmen“, hieß es beim Deutschen Imkerbund. Auch die Varroa-Milbe macht den Imkern weiterhin zu schaffen. Der Verband rechnet damit, dass deutscher Honig in diesem Jahr einen deutlich geringeren Marktanteil als die sonst üblichen 20 Prozent erreichen wird. Der Verbraucher werde von der schlechten Ernte aber nichts mitbekommen, sagte der Bienenbeauftragte der Landwirtschaftskammer NRW, Werner Mühlen. (dpa)



Fleißig, aber verspätet Foto: dpa

STELLENABBAU

**Commerzbank will Ältere halten**

FRANKFURT | Bei ihrem jüngst beschlossenen Abbau von rund 5.200 Stellen will die Commerzbank nach Worten von Personalvorstand Ulrich Sieber ältere Mitarbeiter halten. Die Abfindungsregeln für langjährige Mitarbeiter seien daher weniger attraktiv als früher, sagte Sieber der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* und fügte hinzu: „Wir brauchen Erfahrungswissen, deshalb wollen wir auch ältere Mitarbeiter im Unternehmen halten.“ Die Gewerkschaft Ver.di hatten den Stellenabbau scharf kritisiert. (dpa)

BRANDRODUNGEN UND SMOG

**Malaysia ruft Notstand aus**

BANGKOK | Der dichte Smog über Teilen Südostasiens infolge der Brandrodungen in Indonesien und der daraus folgenden Luftverschmutzung hält an. Nun hat Malaysia für zwei Distrikte im Bundesstaat Johor den Notstand ausgerufen. Die Bewohner seien aufgefordert worden, bei geschlossenen Fenstern zu Hause zu bleiben, hieß es. Kurz zuvor hatten die Behörden des Stadtstaates Singapur erklärt, die durch die Rauchpartikel verursachte Luftverschmutzung habe ein bislang noch nie dagewesenes Level erreicht. (epd)

ÖLEXPORTEUR RUSSLAND

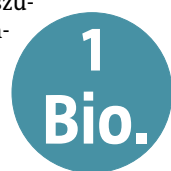
**China sichert sich Öl für 270 Milliarden**

ST. PETERSBURG | Der weltgrößte Ölexporteur Russland hat einen Liefervertrag über 270 Milliarden Dollar mit der energiehungrigen Volksrepublik China abgeschlossen. Der staatlich kontrollierte russische Energiegigant Rosneft wird nach Unternehmensangaben ab Mitte dieses Jahrzehnts 25 Jahre lang zusätzlich 300.000 Barrel (ein Barrel entspricht 159 Liter) pro Tag nach China liefern. Damit verdoppelt Russland seine Ausfuhren dorthin. Es handelt sich um einen der größten Verträge in der Geschichte der Ölindustrie. (rtr)

ZAHL DES TAGES

**Ganz schön marode, dieses Land**

Nicht erst seit dem Hochwasser muss die Infrastruktur in Deutschland generalüberholt werden. Seit den 1990er Jahren ist der Sanierungsbedarf kontinuierlich gewachsen und hat nun die Grenze von 1 Billion Euro erreicht. Jährlich müsse die öffentliche Hand 75 Milliarden Euro in Schienen, Straßen, Brücken und Kanäle investieren, um das Defizit auszugleichen, rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.



**Finanzminister vertagen Regeln für Krisenbanken**

**BANKENUNION** Bei Pleiten von Geldinstituten sollen deren Aktionäre als Erste ran. Alles Weitere ist offen

LUXEMBURG rtr | Die Finanzminister der Europäischen Union können sich nicht einigen, nach welchen Regeln zusammengebrochene Banken künftig abgewickelt werden sollen. Am Samstagmorgen brachen sie ihre Beratungen in Luxemburg ab. Am Mittwoch soll ein neuer Anlauf unternommen werden. Letztlich scheiterte die Verhandlung Diplomaten zufolge an einem Streit zwischen Deutschland und Frankreich darüber, wie viel Entscheidungsspielraum die Mitgliedsländer bekommen.

die Mitgliedstaaten selbst festlegen können, ob Besitzer von Bankanleihen oder vermögende Sparer zur Kasse gebeten werden können. Allerdings herrschte Einigkeit über die Reihenfolge, in der das passieren soll: Zuerst müssen Aktionäre bluten, dann die Besitzer von Anleihen und an letzter Stelle die Einlagen über 100.000 Euro. Privatpersonen sowie kleine und mittlere Unternehmen wären so erst am Schluss an der Reihe.

Im Mittelpunkt stand der Beitrag, den Eigner und Gläubiger zur Sanierung von Krisenbanken leisten sollen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will, dass sie dem Steuerzahler das Risiko für eine Pleite abnehmen müssen. Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici hat dagegen Vorbehalte gegen die Gläubigerbelastung. Er fordert eine Regelung, nach der im Extremfall doch staatliche Finanzspritzen zur Bankenrettung möglich wären.

Die EU-Länder wollten das Abwicklungsgesetz eigentlich bis Ende Juni auf den Weg bringen. Sobald sich die EU-Staaten einig sind, stehen die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bevor.

Konkret sah der jüngste Entwurf vor, dass im Krisenfall mindestens 8 Prozent der Verbindlichkeiten einer Bank wie Aktienkapital, Anleihen oder Kundeneinlagen eingesetzt werden müssten, wenn Verluste zu decken sind. Frankreich, Großbritannien und Schweden befürchten, dass es zum Sturm auf Banken kommen könnte, wenn Kontoinhaber an der Rettung von Instituten beteiligt würden.

Die Vorschriften sind der wichtigste Pfeiler der Bankenunion, mit der in Zukunft neue Bankenrisiken verhindert werden sollen. Hinzu kommt die zentrale Bankenaufsicht für die Eurozone unter Leitung der Europäischen Zentralbank, eine Reform der Einlagensicherung und ein neues Instrument für Hilfen des Rettungsfonds ESM an Krisenbanken.

Die Meinungen gingen auch darüber auseinander, inwieweit

Die letzten Rettungsaktionen für Banken zwischen 2008 und 2011 hatten ein Drittel der Wirtschaftsleistung der EU-Staaten gekostet. Bislang ging die Rechnung an den Steuerzahler. Deswegen wäre die Einigung auf die neue Regeln für angeschlagene Banken eine radikale Wende in der Krisenpolitik. Inhaber großer Guthaben wurden erstmals in diesem Jahr in Zypern für eine Bankenrettung herangezogen.

**Mehrere Ernten fallen aus**

**KATASTROPHE** Das Hochwasser an Elbe, Saale und Donau hat vor allem Wiesen und Äcker überflutet. Der Schaden für die Landwirte könnte eine halbe Milliarde Euro betragen



Problem für Traktoren: Nach der Überschwemmung sind die Böden wochenlang durchgeweicht Foto: Jens Wolf/dpa

VON RICHARD ROTHER

BERLIN taz | Der Bauernverband befürchtet noch höhere Verluste für die Landwirte in den deutschen Hochwassergebieten und macht sich für schnelle Soforthilfen stark. „Ich schließe nicht aus, dass bei der Schlussbilanz der derzeit geschätzte Schaden von 430 Millionen Euro weiter nach oben verändert werden muss“, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied der Nachrichtenagentur dpa. Bis durchnässte Böden wieder tragfähig seien, könne es bis in den Winter dauern. „Nach der Vernichtung dieser Ernte wäre auch eine Herbstbestellung möglicherweise nicht machbar.“ Geschädigte Bauern müssten in den geplanten Fluthilfefonds von Bund und Ländern aufgenommen werden.

Bund und Länder stellen für die Beseitigung der Schäden in den Hochwassergebieten bis zu acht Milliarden Euro bereit. Der Fluthilfefonds soll Privathaushalten, Unternehmen sowie Städten und Gemeinden zugute kommen. Der Fonds soll einspringen, wenn Schäden nicht durch Versicherungen oder über andere Wege abgesichert sind.

„Wir fordern, vom Hochwasser betroffenen Bauern zu helfen, indem sie 500 Euro pro Hektar als Soforthilfe bekommen“, sagte Rukwied. So könnten sie Futter für ihre Tiere kaufen, laufende Rechnungen zahlen und den Betrieb weiterführen. „Da stehen Existenzen auf dem Spiel.“ Allein die Schäden an Gebäuden und Betriebseinrichtungen würden auf mindestens 100 Millionen Euro geschätzt.

Problematisch ist die Lage auch für Bauern, deren Weideflächen überflutet wurden – selbst wenn das Wasser wieder abgelaufen ist. Kühe und Pferde dürfen erst wieder weiden, wenn die Ämter die untersuchten Wiesen wieder freigeben. Möglich ist, dass Weiden noch monatelang gesperrt blieben. Dann müssen die Bauern auf Reserven zurückgreifen. Zudem können sie auf überfluteten Wiesen kein Heu für den nächsten Winter ernten, um Vorräte anzulegen.

Besonders betroffen ist Sachsen-Anhalt, wo nach einem Dammbrech bei Fischbeck die Elbe weit ins Hinterland fließen konnte. In dem Bundesland sind etwa zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche überflutet worden – in vorindustriellen Zeiten hätten solche Ertragssein-

brüche zu regionalen Hungersnöten geführt.

Die Deutsche Bahn rechnet nach dem jüngsten Hochwasser mit Schäden in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro, ist aber womöglich nicht in allen Fällen dagegen versichert. „Es gibt keinen generellen, expliziten Versicherungsschutz gegen Hochwasserschäden“, sagte ein Bahnsprecher. Der *Spiegel* berichtet, dass Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn die Versicherung gegen Hochwasserschäden 2007 aus Kostengründen kündigte, sein Nachfolger habe diese Politik beibehalten. Im Aufsichtsrat des bundeseigenen Konzerns soll Unmut herrschen. „Die Bahn weiß genau, dass am Ende eh der Bund bezahlt. Da hat sie sich die Ausgaben wohl einfach gespart“, wird ein Mitglied zitiert.

ANZEIGE

**Herr Minister,**

heute vor genau 50 Jahren wurde in Bonn der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) gegründet. Seine Arbeit war weltweit anerkannt. Sie, Herr Minister, haben den DED mit fadenscheinigen Einspar-Argumenten zerschlagen und die Reste in die neue GIZ gezwungen.

Der DED hat über 16.000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer (EH) entsandt; er zeichnete sich u.a. aus durch solidarisches Lernen und Helfen, Mitbestimmung der Fachkräfte, Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, Stärkung der Zivilgesellschaft, Verbindung von fachlicher und sozialer Kompetenz. Im „Entwicklungsdienst“ der GIZ wird Bewährtes über Bord geworfen.

Die Gründe sind bekannt: ein Beratungskonzept, das Entwicklung per Weisung „von oben nach unten“ diktiert, die wachstumsorientierte Unternehmenskultur der GIZ und die extrem hohen Verwaltungskosten. Das kleinteilige Arbeitskonzept des DED – Entwicklung „von unten nach oben“ – wird als „Gutmenschentum“ diffamiert; Entwicklungsprogramme, die nicht GIZ-konform sind, werden ersatzlos gestrichen; die Zahl der EH sank seit der Fusion deutlich.

Dieses alles, Herr Minister, ist Ergebnis Ihrer falschen Politik. Für die leichtfertige Zerschlagung einer der wichtigsten Entwicklungseinrichtungen Deutschlands tragen Sie die Verantwortung!

Der DED-Freundeskreis appelliert an die Entscheidungsträger in Zivilgesellschaft, Staat und Politik, sich für einen neuen Entwicklungsdienst einzusetzen, der zivilgesellschaftlich getragen und öffentlich mitfinanziert ist.

Dieser neue Entwicklungsdienst fördert den Austausch von qualifizierten und engagierten Fachkräften zwischen Ländern des Nordens und des Südens, die voneinander lernen. Die Fachkräfte des neuen Entwicklungsdienstes engagieren sich nach Rückkehr in ihre Heimatländer in der Informations- und Bildungsarbeit für eine gerechte, tolerante und weltoffene Gesellschaft.

Wir laden alle Interessierten ein, sich an der Debatte um die Gründung eines neuen Entwicklungsdienstes zu beteiligen.

**Entwicklungsdienst – wir schreiben Dienst groß**

www.ded-freundeskreis.de

V.i.S.d.P.: Peter Röhrig, DED-Freundeskreis e.V.

**Wasser bleibt öffentliches Gut**

**KONZESSIONSRICHTLINIE** Dass die EU-Kommission die Trinkwasserversorgung doch keinem Privatisierungsdruck aussetzen will, freut Regierung wie Opposition

BERLIN taz | Die Ankündigung von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, die Wasserversorgung komplett aus der geplanten Konzessionsrichtlinie herauszunehmen (*taz vom Samstag*) ist in Deutschland auf durchweg positives Echo gestoßen. Wenn sich Barnier durchsetze, „dann hat sich der Widerstand von 1,7 Millionen Menschen, die die Initiative Right2Water unterstützt haben, gelohnt“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann. Für die SPD erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher Wolfgang Tiefensee, die Entscheidung sei „dem starken Druck der Zivilgesellschaft und der SPD zu verdan-

ken“. Auch die Linkspartei begrüßte das Einlenken.

Doch auch die Bundesregierung äußerte sich zufrieden. „Wasser ist keine Ware wie jede andere“, sagte Verbrauchermministerin Ilse Aigner (CSU). „Es ist gut, dass die Kommission eingelenkt hat.“ Für die FDP begrüßte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger den „großen Erfolg“ der Kritiker.

Bisher hatte Deutschland unter Federführung des FDP-Wirtschaftsministeriums die Brüsseler Pläne unterstützt. Noch im März erklärte das Ministerium: „Europaweite Ausschreibungen fördern grundsätzlich den Wettbewerb“; deshalb führten sie in der Regel „zu Kostenersparnis-

sen für Bürgerinnen und Bürger“. Die Forderung der Opposition, die Wasserversorgung aus der Richtlinie auszunehmen, hatten Union und FDP im Februar abgelehnt.

Die EU-Konzessionsrichtlinie sieht vor, dass öffentliche Bauten und Dienstleistungen künftig europaweit ausgeschrieben werden müssen. Dies hätte nach Ansicht des Verbands kommunaler Unternehmen den Privatisierungsdruck auf kommunale Wasserversorger erheblich erhöht. Die nun von Barnier angekündigte Ausnahme für die Wasserversorgung muss noch von Rat und Parlament gebilligt werden.

MALTE KRUTZFELDT

Meinung + Diskussion SEITE 12